Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 214 | Dresden, Montag, 14. September | 1925

Ruhestandsbezüge von Gemeindeangestellten und -arbeitern.

(N.) Durch die Presse geht eine Notiz, die sich mit der jüngst erlassenen Bekanntmachung der Regierung über Ruhestandsbezüge von Gemeindeangestellten und -arbeitern beschäftigt und diese Regelung als eine schwere Schädigung der Beteiligten hinstellt.

Es ist richtig, daß die Bekanntmachung eine Beschränkung der Selbstverwaltung auf diesem Gebiete bringt. Diese Beschränkung war aber dringend geboten durch die Entwicklung, welche diese Angelegenheit in den letzten Jahren genommen hatte. Sie ist nicht ohne die Zustimmung der die Selbstverwaltungskörper vertretenden Organisationen zustande gekommen.

Der Hauptangriff richtet sich gegen die Vorschrift, daß die Bezüge aus der Reichsangestellten- und Invalidenversicherung voll auf die Ruhestandsbezüge anzurechnen sind. Demgegenüber kann nur darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Wirtschaft das allerdringendste Interesse daran haben, Maßnahmen der Gemeinden zu verhindern, die in ihrer weiteren Auswirkung dazu führen müssen, daß ein den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen entsprechender Ausbau der Reichsversicherung unterbleibt. Eine Nichtanrechnung der Reichsversicherungsbezüge würde aber den ersten Schritt dazu bedeuten, die Reichsangestellten- und Invalidenversicherung auszuhöhlen. Im übrigen ist aus den Verhandlungen über den Reichsfinanzausgleich bekannt, welches außerordentliches Interesse die Allgemeinheit daran hat, die Gemeinden in ihren Ausgaben auf das Notwendige zu beschränken. Die Bekanntmachung der Regierung ist nur ein Schritt, der diesen allgemeinen Anschauungen Rechnung trägt.

Es ist selbstverständlich richtig, daß die Bekanntmachung im Einzelfalle zu einer Verkürzung derjenigen Bezüge beitragen kann, auf die nach den Beschlüssen verschiedener Gemeinden die Gemeindeangestellten und -arbeiter sich Hoffnung machen konnten. Es ist aber anderseits, soweit eine rechtliche Anwartschaft schon erworben war, dafür gesorgt, daß diese nicht beeinträchtigt werden kann. Im übrigen bringt die Bekanntmachung hinsichtlich der Bemessung der Ruhestandsbezüge gewisse Verbesserungen, die durchaus nicht zu unterschätzen sind, und sie gewährleistet die Beruhigung und Gleichmäßigkeit der Behandlung, die in solchen Fragen nicht zuletzt im Interesse der Nächstbeteiligten ein Erfordernis ist.

Ministerrat in Berlin.

Sylt, 13. September.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat sämtliche Reichsminister zu einem Ministerrat auf Montag nach Berlin geladen, nachdem er heute in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. v. Schubert den Bericht des Ministerialdirektors Dr. Gaus über die Londoner Juristenbesprechung entgegengenommen hatte. Dr. Gaus ist vom Reichskanzler im Einvernehmen mit dem Reichsaußenminister beauftragt worden, als Grundlage für die Entschließungen des Ministerrates einen ausführlichen schriftlichen Bericht auszuarbeiten.

Zur Kriegsschuldfrage.

New York, 13. September.

Die Zentralkommission für neutrale Erforschung der Ursachen des Weltkrieges in Amerika hat ihre Arbeiten aufgegeben — angeblich, weil es an Geldmitteln fehle. Die wahre Ursache teilt die Zeitschrift „The American Monthly" mit. Dem Gewährsmann dieser Zeitschrift wurde seine Anfrage u. a. wie folgt beantwortet:

„Trotz eifrigster Untersuchung waren wir nicht in der Lage, einen Anteil Deutschlands an der Kriegsschuld nachzuweisen. Wir verlängerten die Untersuchung in der Hoffnung, irgend etwas zu entdecken; denn bei dem augenblicklichen Stande der öffentlichen Meinung ist es nicht angängig, ein Ergebnis zu veröffentlichen, das Deutschland völlig entlastet. . . Wenn wir eine dahinlautende Erklärung veröffentlichten, würden wir beschuldigt werden, prodeutsch zu sein."

Im Anschluß an diese Erklärung muß deutscherseits auf die präzisen Äußerungen Lloyd Georges und Poincarés hingewiesen werden, daß mit der Behauptung, Deutschland trage ganz allein die Schuld am Weltkriege, der ganze Friedensvertrag stehe und falle. Wenn also eine Änderung des § 231 erreicht werden sollte, dann muß verlangt werden, daß gleichzeitig die Reparationsfrage aufgerollt wird, und die Kriegslasten auf alle Kriegsschuldigen in gerechter Weise verteilt werden.

Die Verhandlungen des Völkerbundes.

Erörterung der Sicherheitsfrage.

Genf, 12. September.

Die heutige Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung wurde mit einer Rede Nansens (Norwegen) eröffnet, der verschiedene Resolutionen einbrachte und begründete, in denen u. a. die jährliche Kontrolle der Berichte über die Mandatsgebiete durch die Versammlung gefordert wird. Nansen schilderte weiter die vom Völkerbund in den letzten Jahren unter seiner Leitung vollbrachte Arbeit in der Flüchtlingsfürsorge und forderte, daß die diesjährige Versammlung auch der Frage der russischen und armenischen Flüchtlinge wiederum ihre Aufmerksamkeit schenke.

Benesch (Tschechoslowakei), der darauf das das Wort nahm, begann seine Rede mit der Feststellung, daß die von Quinones de Leon heute vormittag eingebrachte Resolution zur Sicherheitsfrage von besonderer Bedeutung für die Arbeiten der gegenwärtigen Versammlung sein werde. Als Mitverfasser des Genfer Protokolls beleuchtete er dann die Vorzüge eines universell gültigen Sicherheitspaktes in der Art des Genfer Protokolls gegenüber Regionalabkommen und erklärte: Das Genfer Protokoll ist nicht tot und wird auch nicht untergehen. Man steht nur vor der Tatsache, daß das Protokoll nicht die nötige Anzahl Unterschriften erhalten hat und deswegen in der nächsten Zeit noch nicht in Kraft treten kann. Der Abschluß von Regionalabkommen wird rasch den Wert der von der letztjährigen Völkerbundsversammlung geleisteten Arbeit erkennen lassen und man wird über diese regionalen Sonderabkommen wieder zu einem System mit universeller Gültigkeit gelangen, wobei allerdings die Notwendigkeit des internationalen Lebens noch gewisse Zugeständnisse erfordern könnte. Es wird der Tag kommen, an dem man sich darüber wird entscheiden müssen, ob man einige bedeutende Änderungen am Völkerbundspakt vornehmen will, wodurch die universelle Gültigkeit des Paktes in keiner Weise berührt wird, oder ob man den universell gültigen Pakt durch den Abschluß regionaler Abkommen langsam schwächen will. Benesch gab dann abermals der Meinung Ausdruck, daß man sich bei der Lösung des gegenwärtigen Sicherheitsproblems immer auf ein dem Genfer Protokoll analoges Abkommen werde einigen müssen. Auch die Resolution von Quinones de Leon weist bereits in dieser Richtung den Weg, da sie die Grundprinzipien des Genfer Protokolls anerkennt. Ich persönlich glaube, daß man bei der Lösung des Sicherheitsproblems immer wieder zu ähnlichen Formeln gelangen wird, wie sie im Genfer Protokoll niedergelegt sind, und ich bleibe also dem Protokoll, an dem ich selbst mitgearbeitet habe, treu. Zum Schluß streifte Benesch kurz die Verhandlungen über den Garantiepakt und erklärte, daß die tschechoslowakische Regierung diese Verhandlungen begrüße und, soweit es möglich war, immer wieder an diesen Verhandlungen mitgearbeitet habe. Die tschechoslowakische Regierung sähe in diesen Verhandlungen zum Abschluß eines Sicherheitspaktes einen großen Fortschritt.

Nach einer weiteren Rede Baron Lehmanns-Liberia und Guerrero-Salvador sprach das italienische Ratsmitglied Scialoja. Er erinnerte in seiner Rede zunächst daran, daß Italien bereits im Vorjahre verschiedene Mängel des Genfer Protokolls aufgezeigt habe und führte dann aus: Bei der Ausarbeitung des Genfer Protokolls hat man allzu einseitig die juristische Denkweise angewandt. Die unparteiische Untersuchung der Geschichte zeige deutlich, daß viele Kriege aus den tiefsten Wurzeln des sozialen Lebens der Völker entstanden sind. Der Friede ist gewiß heilig, aber das Leben der Völker und die Größe ihrer Entwicklung und ihres Aufblühens sind nicht weniger heilig. Die Verhütung von Kriegen ist so lange nicht möglich, wie diese Gründe bestehen bleiben. Hinsichtlich der Forderung nach Einführung eines obligatorischen Schiedsverfahrens vertrat Scialoja die Ansicht, daß die in zwischenstaatlichen Abkommen niedergelegten Verpflichtungen zur Unterwerfung unter den Schiedsspruch immer noch die aussichtsreichste Form seien und erinnerte daran, daß Italien mit dem Abschluß mehrerer Schiedsverträge auf diesem Wege ein Beispiel gegeben habe. Scialoja würdigte schließlich die Verdienste des Völkerbundes am Wiederaufbau Österreichs und Ungarns, erinnerte an die Mitarbeit Italiens und schloß mit einem Bekenntnis für den Völkerbund, der sein Werk beharrlich fortsetzen müsse. Die Völkerbundsversammlung vertagte hierauf die Generaldebatte auf Montag vormittag.

•

Der Stand der Mossul-Frage.

Genf, 12. September.

Bei den Beratungen zur Beilegung des Mossul-Streites wurde von französischer Seite der Vorschlag gemacht, die Entscheidung auf die Dezembersession des Völkerbundsrates zu verschieben. Wie verlautet, hat die englische Delegation diesen Vorschlag entschieden abgelehnt. Von türkischer Seite wird erklärt, daß die türkische Delegation von dem französischen Vorschlage nicht zuvor in Kenntnis gesetzt worden sei.

•

Painlevé über seine Genfer Eindrücke.

Paris, 12. September.

Ministerpräsident Painlevé hat heute vormittag die Vertreter der Presse empfangen und ihnen über seine Genfer Eindrücke u. a. gesagt: Die Arbeiten in Genf sind nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen. Man hat dabei immer an die Möglichkeit der Durchführbarkeit der Sicherheit denken müssen, ohne irgend einen der Grundsätze des Genfer Protokolls zu opfern. Die Reden Chamberlains und Paul-Boncours haben gezeigt, daß dieses doppelte Ziel erreicht worden ist, und zwar im Einvernehmen mit den in Genf vertretenen Nationen. Frankreich kann stolz darauf sein, mit welchem Klarblick und welcher Weisheit der französische Außenminister den Interessen Frankreichs und denen der übrigen Nationen im Hinblick auf die Verwirklichung des Friedens gedient hat.

Was meine Reise nach dem Elsaß anbelangt, so kann ich, sagte Painlevé weiter, erklären, daß die französische Regierung binnen ganz kurzer Zeit die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die bereits zu lange der Lösung harrten, prüfen und für das Gedeihen der drei befreiten Departements Sorge tragen wird.

Painlevé kam dann auch auf die Vorgänge in Marokko zu sprechen und erklärte: Die Stunde ist gekommen, in der Frankreich gegen seinen Willen seine Macht hat entfalten müssen. Die aus Marokko eintreffenden Nachrichten zeigen, mit welcher Meisterschaft man die notwendigen Operationen bis ins einzelne vorbereitet hat. Wenn die Gegner die Absicht Frankreichs, einen Frieden ohne Blutvergießen zu erreichen, als Schwäche ausgelegt haben, so werden die kommenden Tage beweisen, daß sie im Irrtum sind. Die Kräfte Frankreichs werden alle Widerstände überwinden.

Vor Beginn der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 14. September.

Am Sonnabend erfolgte die Abfahrt der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin. Innerhalb der Delegation ist keine Veränderung eingetreten. Der Vorsitzende der Delegation ist nach wie vor Dr. Prondzynski.

Zur Preisfrage.

Wiederholt und dringlich ist seit Jahresfrist in den Berichten der sächsischen Landespreisprüfungsstelle auf die Notwendigkeit einer Rückbildung des Preisniveaus hingewiesen worden. Ein bedeutender Export war Lebensnotwendigkeit in den Jahrzehnten des raschen Volkswachstums, das durch die fortschreitende Industrialisierung des rohstoffarmen Reiches erst möglich wurde. Die Verpflichtungen aus dem Londoner Vertrag zwingen zu forciertem Export unter gänzlich veränderten, außerordentlich erschwerten Verhältnissen seitens der Weltmarktkonkurrenz. Das schwerste Hemmnis hierbei, das Mißerfolgnis bestätigt es wieder, ist unser überhöhtes Preisniveau. Die protektionistische Welle in nahezu allen Ländern und der Machtwille starker Wirtschaftsgruppen haben die derzeitige Zollgesetzgebung geschaffen, von deren Auswirkung eine weitere Erhöhung der Gesamtpreislage befürchtet werden muß. Nun — nach Annahme der Zollvorlage — hat auch die Reichsregierung mit bedeutendem Nachdruck an die gesamte Wirtschaft die Forderung möglichster Rückbildung bzw. Festhaltung des Preisniveaus gerichtet.

Die Erreichung gesünderer Wirtschaftsbedingungen nach der steuerlichen Entlastung im neuen Einkommensteuergesetz und der Senkung der Umsatzsteuer auf 1 Proz., nach Beseitigung der Unsicherheit in der Aufwertungsfrage, nach der in der Zollgesetzgebung erstrebten Regelung unserer Beziehungen zu den Auslandsmärkten soll Ausdruck finden in erneuter scharfer Kalkulation in allen Wirtschaftsstufen. Es ist ferner mit größter Energie die Gefahr zu bannen, daß das Preisniveau sich auf die autonomen Zollsätze einstellt und so die Kompensationsmöglichkeit bei den Vertragsverhandlungen zunichte macht. Innerpolitische Gründe könnten die Regierung dazu zwingen, die Sätze des autonomen Zolltarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung zu senken. Träte dies ein oder brächten, was erhofft wird, die Vertragstarife geringeren Schutzzoll, so würden schwere Verluste bei Absatz der zu den erhöhten Preisen gekauften Warenvorräte eintreten und schwerste Erschütterung bewirken. Die Aufhebung der Geschäftsaufsicht soll die Sicherheit stärken, das Verantwortlichkeitsgefühl des Schuldners schärfen. Durch Verbilligung der öffentlichen Gelder wird eine Einwirkung auf Zinshöhe und Kreditkosten erstrebt. Ein energisches Vorgehen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung auf Grund der Kartellverordnung wird betont, die Ausmerzung preissteigender Klauseln und Gepflogenheiten aus der Inflationszeit gefordert. Eingehende Preisbeobachtung in allen Stufen soll die Möglichkeit der Preisreduzierung dartun und diese fördern. Der Appell ist an alle Kreise der Wirtschaft gerichtet und alle Spitzenvertretungen haben ihre Bereitschaft zur Unterstützung erklärt. Das Echo aus vielen Wirtschaftskreisen klingt indessen verwirrend zurück und häufig genug weist eine Gruppe der andern die Ehre und die Pflicht des Vorangehens zu. Mit wenn und aber ist man zum Abbau bereit. So fordert eine Gruppe zunächst die Besserung der Kreditlage, die Minderung der Steuer- und Soziallast und — was gar nicht fehlen kann — die Beseitigung der Reste der Zwangswirtschaft, der lästigen Preiskontrolle, — feste Preise, feste Löhne, dann ist sie geneigt zur Preisrückbildung! In den zahllosen Zeitungsbesprechungen und Kritiken der Abbau-Aktion tritt häufig genug das Eigeninteresse gegenüber dem der Gesamtheit zutage. Alle behaupten ihr Recht. Mit Recht weist der Landwirt hin auf die hohen Endpreise seiner Produkte, nachdem sie die beiden Stadien der Verteilung durchlaufen haben und stellt zum Vergleich den Anteil, den er erhält; die „Preisschere" hatte sich Anfang Juli geschlossen, sie klafft in bedeutendem Ausmaße von neuem, mit Recht aber betont der Fleischer, daß reichlich früh in den Fleisch- bez. Schweinepreisen sich eine Vorwegnahme des Zolls erweist. Mit Recht kann sich der Einzelhandel darauf berufen, daß in weiten Branchen die Kalkulation nach dem billigsten Konkurrenten erfolgt, (die fluktuierende Käufer-